

Kein Plastik im Obst- und Gemüseregal!

Immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher verzichten an der Supermarktkasse bewusst auf umweltschädliche Plastiktüten. Das ist auch ein Erfolg ökologischer Aufklärungskampagnen. Doch ausgerechnet in den Obst- und Gemüseregalen der Supermärkte nimmt die Menge der Plastikverpackungen stetig zu. Besonders unsinnig: nahezu alle Bio-Produkte werden plastikverpackt – und zwar nur, um sie vom unverpackten Obst und Gemüse aus konventioneller Produktion zu unterscheiden. Mit einem größeren Bioangebot in Supermärkten und Discountern erhöhen sich auch die Müllberge.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern den Handel und die Politik daher auf, unnötige Plastikverpackungen aus den Obst- und Gemüseabteilungen der Supermärkte zu verbannen.

Verpackungen für Obst und Gemüse können in der Regel nicht wiederverwendet werden und landen sofort im Müll. Sie stellen damit nicht nur eine große Ressourcenverschwendung dar, sondern tragen auch zur Verschmutzung der Meere bei. Dabei sind die Verpackungen häufig nicht nur überflüssig, sondern lassen die Produkte wegen des darin entstehenden Mikroklimas schneller verderben. Weichmacher in den Plastikverpackungen können zudem zu Gesundheitsschäden führen. Für den Handel ist dies trotz des enormen Materialeinsatzes die einfachste und damit billigste Form der Bio-Kennzeichnung.

Wir fordern daher folgende Maßnahmen:

1. Handel: Der Handel wird aufgefordert, für die Kennzeichnung von Bioprodukten die vorhandene Alternativen zu Folien und Plastikboxen zu nutzen und neue Techniken wie Lasermarkierungen weiter zu entwickeln.

Vorhandene Alternativen sind u. a.:

- Papieraufkleber mit biologisch abbaubarem Kleber
- Banderolen auf Papierbasis (z. B. für Gurken, Zucchini, Spargel etc.)
- Etiketten mit Fadenbefestigung
- Netze aus Naturfasern (z. B. für Zwiebeln) oder Papiertüten

Die interne Betriebsorganisation ist darüber hinaus auf Müllvermeidung auszurichten. So werden zur Zeit zum Beispiel auch Biofrüchte und -gemüse verpackt, für die es im Sortiment gar keine Entsprechung aus konventioneller Produktion gibt und ein Vermischen ausgeschlossen werden kann. Hier genügt eine Bio-Kennzeichnung am Regal.

2. Politik: Der Bund hat sich mit Ausnahmeregelungen in der Verpackungsverordnung bemüht, die Verwendung von Biokunststoffen zu fördern. Doch auch diese haben eine problematische Umweltbilanz und sind nur eingeschränkt zu empfehlen. Im Vordergrund muss daher das Ziel der Müllvermeidung stehen. Sollte der Handel keine Lösungen anbieten, sind politische Ansätze wie

Lenkungsabgaben oder Auflagen gefragt. Es darf für den Handel nicht preiswerter sein, riesige Müllmengen zu produzieren, als umweltschonende Alternativen zu verwenden.

3. Aufklärung: Das Verhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher ist entscheidend für die Reduzierung des Verpackungsmülls. Darum ist es wichtig, besser über Ausmaß, Folgen und Alternativen der Müllproduktion aufzuklären und dabei einen möglichst großen Kreis von Menschen zu erreichen. Wir plädieren daher für eine Aufklärungskampagne in Form von Anzeigen, Spots etc. zur Reduzierung des Verpackungsmülls durch das Landes- bzw. Bundesumweltministerium. Die Landesdelegiertenkonferenz empfiehlt dem Landesvorstand außerdem, analog zu Aktionen wie „Kein Ei mit der 3“ eigene Aktivitäten zu entwickeln.